

**Erstklassig**  
nachdem mit dem neuen  
von dem- und dem-  
Abonnementpreis  
monatlich 60 Pf.  
vierteljährlich 2 50  
jährlich 10 50  
Durch die Post bezogen  
1 50 extra. Nachbestellb.  
**Die Neue Welt**  
(Kultur- und Sozial-  
zeitschrift) 10 Pf.  
Redaktions- und Verlags-  
Abteilung: Nr. 1047  
Expeditoren: Nr. 1047  
Telegraphisch: Nr. 1047  
Telephonisch: Nr. 1047



**Insertionsgebühren**  
besteht für die 6 Spalten  
zeitlich über deren Raum  
20 Pfennig.  
Für auswärtsige Anzeigen  
25 Pfennig.  
Im reaktionären Teile  
kann die Rate 50 Pfennig.  
**Interate**  
Für die fällige Nummer  
müssen spätestens bis  
mittags 12 Uhr in der  
Expeditorenabteilung  
eingeliefert werden.  
Eingetragen in die  
Postzeitungsliste.

**Sozialdemokratisches Organ**

für Halle und den Saalkreis, die Kreise Merseburg-Muerfurt, Delitzsch-Bitterfeld, Wittenberg-Schweinitz, Torgau-Liebenwerda, Sangerhausen-Eckartsberga und die Mansfelder Kreise.

Expedition: Nr. 42/43. Geöffnet werktags von 7 Uhr früh bis 7 Uhr nachm. u. Redaktion: Nr. 42/43. Sprechstunde werktags 1/2-1/1 Uhr mittags.

**Die Klassenherrschaft in der Republik.**

Die Zustände in der französischen Bourgeoisrepublik begreifen nachgerade auch der Bourgeoisie selbst unheimlich zu werden. Man spricht davon, Frankreich bestimme in eine Periode der Würdigkeit einzutreten. Diese Würdigkeit kann nur bei den herrschenden Klassen vorhanden sein, denn das französische Proletariat wird in seinem großen Freiheitskampf nicht ermüden und wird ihn weiter führen, bis sein hohes Ziel erreicht ist.

Diese Würdigkeit ist nichts anderes, als die bei der französischen Bourgeoisie nach und nach aufkommende Abneigung, daß es mit ihrer Regierungsbereitschaft zu Ende geht. In der Zeit fast man in den höheren Regionen Frankreichs überall Bersärgenheit und Anarchie. Man beobachtet nur das kleinliche und widerliche Intrigenpiel, mit dem Regierungen geführt und eingeleitet werden. Dreiste und struppellose Streber, die heute mit Füßen treten, was sie gestern für die höchsten Güter erklärt, sind imstande, die Regierungsgewalt wie eine Wente zu ergreifen und alsdann die Rechtsmittel des Staates in ihrem persönlichen Interesse auszunutzen. Nach dem, was ein Vertreter der Bourgeoisie, der auf den Schultern der von ihm so schmählich geduldeten Sozialdemokratie zum Ministerpräsidenten emporgeklommen, nach seinem Abfall bei der Bourgeoisie mit offenen Armen aufgenommen und als Staats- und Gesellschaftsleiter geehrt wird, um nachher gleich wieder über Bord geworfen zu werden! Das ist doch nur möglich bei einer Klasse, die mit ihrem Abfall zu Ende ist.

Diese Bourgeoisie erhebt heute erst, daß das Parlament im Volke kein Vertrauen mehr besitzt. Was dieses Vertrauen ist schon lange verloren gegangen, wenn es auch den herrschenden Parteien gelingt, bei den Wahlen durch ihre Nachmittel immer wieder die Mehrheit der Mandate davonzutragen! Man erwartete von der Republik, die sich als demokratisch ausgab, große soziale Reformen im Sinne unserer vorgeschrittenen Zeit, ein demokratisches Parteiensystem, eine vollstimmige Gestaltung des Herrschaftswesens und Schutz der Arbeitskräfte gegen die Ausbeutung durch die Bourgeoisie und die Kapitalisten. Solche Reformen waren in einer bürgerlich-demokratischen Republik nicht nur möglich, sie waren auch deren Pflicht. Statt alledem kamen bei jedem Regierungswechsel nur große Versprechungen, die niemals gehalten wurden. Die Sozialpolitik bleibt nach jedem Ansatze lässlich stehen. Die Kämpfe zwischen Arbeit und Kapital nimmt die Regierung dieselbe Stellung ein, wie andere reaktionäre Mächte auch, und das letzte Mittel ist immer wieder der Appell an die brutale Gewalt. Wohl hat man die Trennung von Staat und Kirche durchgeführt — aber wie schmählich erliegen die Korruption, die sich bei der Ueberführung der Ritzengüter in den Staatsbesitz offenbart! Dazu ist diese französische Bourgeoisie von einem solchen Imperialismus besessen, wie er sich zuerst in ihrer Maximalpolitik offenbart, und in dem Welt und Herr und Horte sind dieser gegenständlichen Klasse nichts als ein Einfall für ihre abenteuerlichen Pläne. Wir wollen damit nicht etwa behaupten, daß die Bourgeoisie anderer Länder besser sei; aber in Frankreich regiert sie im Namen der Demokratie, und um so schmerzlicher liegt die Widerspruch zwischen Worten und Taten, die sich da ergeben. Ein ehemaliger französischer Minister selbst resigniert, die Masse des Volkes, seine Freiheiten, seine individuellen und seine kollektiven Rechte seien einer Winderheit von Intriganten und der Herrschaft unverantwortlicher Personen ausgeliefert. So weit stimmt es; dann aber kommt der Herr Exminister zu dem melancholischen Schluß: Man wird sich unwillkürlich fragen, ob das Volk nicht endlich auch der Regierung eine Form erteile, die es nicht mehr zu Ende, was es erhoffte, als es sie begründete, zu erwarten scheint.

Rechtliches Gehörde hat man schon öfters gehabt. Das französische Volk ist in seiner Mehrheit dem republikanischen Gedanken ergeben und es fällt ihm gar nicht ein, die Schuld der letzten drei herrschenden Regierungen und Nachkriegsgesellschaft aufzuküpfeln, die Republik selbst aufzugeben zu wollen. Die Sache verhält sich vielmehr so, daß die Gruppen der oberen Klassen, die zeitweilig von der Macht und von der Staatskasse bedrängt sind, sich nach einem Herrn sehen, der ihren Gewinn und Einfluß sichert.

Wäre es auf die Bourgeoisie an, so hätte Frankreich schon längst wieder seinen Herrn, der es mit Säbel und Weibehel regierte und ihm den Fuß auf den Nacken setzte. Die Bourgeoisie gleicht auf ein Jahr ihren Vorgängerinnen, die schon einmal die Republik berraten und der Willkürherrschaft ausgeliefert haben. Aber Frankreichs so leicht nicht mehr 1789 und 1861 lassen sich in demselben Maße die geeignete Persönlichkeit finden. Allerdings hat die Republik das Glück, daß zurzeit kein Präsident da ist, der die Auszeiten hat; denn soweit Träger historischer Namen vorhanden sind, braucht man in ihnen nicht Persönlichkeiten zu befürchten, welche die republikanische Verfassung in den Staub zu treten vermöchten. Immerhin könnte ein gefährlicher Präsident plötzlich erscheinen. Man denke nur an Napoleon III., den die Franzosen so lange für eine lächerliche Persönlichkeit hielten, bis aus der Präsidentenwahl blutiger Ernst wurde.

Aber so kümmerlich ist es um die Republik in Frankreich, denn doch nicht mehr deshalb, daß ihre Erziehung von der großen oder geringeren Qualifikation einer „historischen“ Person

herrschaft in der Republik abhängt. Zweimal seit ihrem Bestehen war die dritte Republik in Gefahr; einmal unter dem Ministerium Broglie und dann im Verlaufe der Dreifasung für die Bourgeoisie. Der letztere Fall war der weit ernstere; denn es schien, als wollten es die reaktionären, mit den Klassen verschorenen Elemente im Meer auf eine Gewaltprobe auslassen. Die feste Haltung aller aufrichtigen Republikaner, namentlich aber der französischen Sozialisten, war es, welche die Reaktionäre zurückdrückte und sie von dem erstehnten Gewalttätigkeit abhalten ließ.

Die Republik als solche hat ihre besten Freunde bei den Sozialisten und bei der Masse der Klassenbewußten Arbeiter. Wenn die veraltete Bourgeoisie, die sich bisher gleich Schmarozernormen an dem Pfeil des Staates und Volkes vollzogen, nun „müde“ ist, so müde sie absetzen und auf ihren Vorbeeren auszuweisen. Das wird sie natürlich nicht tun; denn diejenige Gruppe, die jeweils an der Macht ist, wird sich mit allen Mitteln behaupten wollen. Um so eifriger wird die Klassenbewußte Arbeiterschaft ihren Kampf für eine zeitgemäße Wahlreform fortsetzen. Wird eine solche erreicht, dann ist die Bahn gebrochen, die dahin führt, daß die „müde“ Bourgeoisie endlich von einer Volkregierung abgelöst wird. Dann erit wird die Republik, befreit von dem Schlamme der Bourgeoisekorruption, all die hohen Aufgaben erfüllen können, die sich an den ursprünglichen Begriff dieser Staatsform knüpfen.

Die Geschichte der nun fast vierzig Jahren bestehenden französischen Republik bestätigt eben nur aufs neue den alten Satz, daß Demokratie und Republik im ganzen Weltionen bleiben, so lange sie mit einer Klasse in Herrschaft verwickelt sind.

**Uor der Reichsratsöffnung.**

Aus Wien wird uns geschrieben: Nur noch eine Woche trennt uns vom Beginne der Parlamentstagung. Am 17. Juli wird die Eröffnungssitzung stattfinden und am 18. wird die Thronrede verlesen werden.

Die Sozialdemokraten werden 82 Mann stark ins Parlament eingehen, fünf Mann weniger als im Jahre 1907, wo sie nach dem siegreichen Wahlkampf die noch desorganisierten Bürgerlichen über den Haufen kannten. Daß die Sozialdemokratie nachzu in derselben Stärke wie vor vier Jahren aus den Wahlen hervorgegangen ist, daß sie trotz des wachsenden Zerfalls der Parteien, der in den industriellen Gebieten überall die Hauptrolle spielte, ihre Stimmenanzahl behauptet hat — der Verlust von 30000 Stimmen der scheidenden Sozialdemokratie wird durch einen ebenso großen Stimmenzuwachs der deutschen Sozialdemokratie wettgemacht! — beweist, daß die Partei das, was sie im ersten Ansturm eroberte, auch festhalten verstanden hat. Der Verlust von Mandaten fällt zum größten Teil auf das Konto der deutschen Sozialdemokratie, die von 50 Mandaten auf 44 gesunken ist, ein Rückgang, der, wie schon erwähnt, kein Rückgang an Stimmen ist. Dieser Mandatsverlust ist fast ausschließlich auf die Bundesländer Bayern, Württemberg und Sachsen beschränkt, während in den Reichstagen nach im Mandat gewonnen wurden. Aber in jenen Ländern haben nicht nur die Reichstagen das äußerste an Zerwürflichkeit geliebt, sondern es haben auch die Gemeinderäte ganz ohne ihr Nachmittel für die bürgerlichen Parteien in die Waagschale geworfen. Aufträge für die Deputationalen erlassen, ihre Begehren in der Aussicht zur Debatte geführt, den Sozialdemokraten die Versammlungstafel abgetrieben usw. Dazu kommt, daß dort bei den Bürgerlichen alle Parteienverschiede aufgehört hatten, ja daß selbst der Gegensatz zwischen Deutschfreiwillichen und Liberalen vollständig verlorbt war.

Die Sozialdemokraten werden im Parlamente 82 Mann stark sein; aber sie werden diesmal nicht mehr in einem gemeinsamen Verband vereint sein, sondern sich entsprechend der national geteilten politischen Organisation der Partei auch im Parlament als getrennte nationale Gruppen konstituieren. Auch im früheren Parlament hatte diese nationale Gliederung des Verbandes bestanden, aber über den nationalen Klub war als höhere Instanz der sozialdemokratische Verband. Daß das nun nicht mehr so sein wird, ist das traurige Verdienst der scheidenden Sozialdemokratie, die sich immer mehr von nationalistischen Schlagworten gelassen nehmen ließ und ein gedeihliches Zusammenwirken unmöglich machte. Der sozialdemokratische Verband im früheren Parlament hatte den nationalen Klub in nationalen Fragen volle Autonomie gegeben. Die scheidenden Sozialdemokraten hätten das nicht nur so aufreht, daß sie alle nationalistischen Demagogien über scheidenden Gewinnsündern mitmischen dürfen, sondern sie hätten allmählich auch in allen politischen und politischen Fragen die Kompetenz des Verbandes abgelehnt. Der — allerdings nicht mehr wiederholte — scheidende Sozialdemokrat Postpilsch hatte mit Bewilligung seines Klubs in offener Parlamentssitzung die scheidenden Vergingener gegen die Vorwische Dasgnostis, daß sie die politischen Arbeiter bei der Volksführung gewonnen hätten, sich als Tscheden zu bekennen, verweigert, obgleich diese Worte auch von der Seite, der selbst ein Tschede ist, als richtig erklärt worden waren! Nach ärger war es aber, daß zum Schluß der letzten Session der scheidende Klub seine Beschlüsse in tatsächlichen Fragen hob, ohne sich um den gemeinsamen Verband zu kümmern. Der traurigste Fall war aber der, daß, obwohl der Verband wiederholt beklügelte hatte, die frivole Obstruktion der scheidenden Nationalisten zu

bekämpfen, der Abg. Rodrazel mit Zustimmung des scheidenden sozialdemokratischen Klubs in der letzten Sitzung des Parlaments eine Disputationsrede hielt. Dazu kommt, daß die scheidenden Sozialdemokraten bei den Wahlen den Kandidaten der deutschen Sozialdemokratie in drei Wahlkreisen während eigene Gegenkandidaten gegenüberstellten, in einzelnen aber bei den Wahlen sogar keine Stimmzettel abgaben! Und schließlich kommt noch dazu, daß in Württemberg als scheidender sozialdemokratischer Abgeordneter der Leiter der separatistischen Aktion Daxel gewählt wurde, mit dem in einem gemeinsamen Verbande zusammenzuführen eine sehr unangenehme Aufgabe wäre. War er doch aus dem Vereine der sozialdemokratischen Parteigangestellen auf Antrag Dr. Mülers deshalb ausgeschlossen worden, weil er aus finanziellen Gasse die Polizei gegen eine bei der Wahl nicht angemeldete Versammlung von Gewerkschaftsvertretern abmännern gelacht hat.

Der Klub der deutschen Sozialdemokratie hat sich bereits konstituiert und hat beschloffen, mit den anderen sozialdemokratischen Klubs über ein parlamentarisches Zusammengehen zu verhandeln. Es wird also, wenn auch kein gemeinsamer Verband mehr bestehen wird, doch eine Form des Zusammenwirkens gefunden werden. Der Klub hat auch über die nächsten parlamentarischen Aktionen beraten und da zunächst beschloffen, die Erhebung der Ministeranfrage gegen die Mitglieder der Regierung Wienert wegen maßloser Anwendung des § 14 zu beantragen. Er wird sich dabei an die Argumente anlehnen können, die der Justizminister des Kabinetts Wienert vor dem Bundesrat als oppositioneller Abgeordneter im Jahre 1897 bei der Begründung seines Antrages gegen die Regierung Daxel vorgebracht hat. Der Klub hat ferner die Wahlminderlinge in Württemberg zur Sprache bringen und dann auch Anträge stellen, um eine Reform der konfessionellen Gesetzgebung, insbesondere des Ehegesetzes, durchzuführen. Es wird dabei dem Deutschen Nationalverbande Gelegenheit gegeben sein, zu zeigen, inwiefern sie sich bereits im Schlepian ihrer territorialen Bundesgenossen befinden.

**Politische Ueberblick.**

Halle a. S., den 11. Juli 1911.

**Die Verhandlungen über Marokko.**

Die Korrb. Allgem. Ztg. und mit ihr die Berliner Abendblätter im gleichen Sinne melden von dem Ergebnis der Verhandlung zwischen dem französischen Volschalter und dem deutschen Staatssekretär. Danach hat der französische Volschalter Jules Cambon den Staatssekretär des Kaiserlichen Bundes von Bismarck-Bismarck in dessen Wohnung aufgesucht, um eine Aussprache über die marokkanische Angelegenheit herbeizuführen. Die Aussprache selber soll ergeben haben, daß keinerlei Anlaß zur Beunruhigung vorliege, doch vielmehr auf beiden Seiten der aufrichtige Wunsch besteht, sich über etwaige Differenzen zu verständigen.

Der Staatssekretär v. Ahterlen-Wädiger habe aber dem französischen Volschalter nicht etwa die Zustimmung gegeben, daß die deutsche Regierung ihr Kriegsschiff aus Agadir zurückziehen werde. Ein solches Verlangen etwa zu stellen, habe sich der französische Volschalter auch nicht unterlassen, in der Besichtigung, eine Abgabe zu erhalten (1).

Aus Paris wird in der Angelegenheit noch gemeldet: Der Minister des Auswärtigen, de Selves, hatte längere Konferenzen mit dem Präsidenten der Republik und dem Ministerpräsidenten Caillaux. Ueber den Stand der Verhandlungen mit der deutschen Regierung werden keinerlei Mitteilungen gemacht.

Nach dem Berliner Matin ist die französische Regierung vom Gange der Unterredungen, welche zwischen dem französischen Volschalter in Berlin, Herrn Cambon, und dem Staatssekretär des Auswärtigen, Herrn v. Ahterlen-Wädiger gepflogen worden, sehr befriedigt. In Paris und Berlin ist beschloffen worden, vollkommenste Geheimhaltung über das Ergebnis der Unterredungen zu wahren. Nichtsdestoweniger glaubt Matin mitteilen zu können, daß die französische Regierung entschlossen ist, Deutschland hinsichtlich der Kompensation das größte Entgegenkommen zu zeigen.

Es hat Paris berichtet auf Grund von Informationen aus besser Quelle, daß die Vereinigten Staaten in Berlin vorstellig geworden sind, daß die Gründung einer deutschen Flottenbasis an der atlantischen Küste Marokkos, die die amerikanischen Interessen bedeutend gefährden würde. Die Vereinigten Staaten würden darin eine Gefährdung der Sicherheit des Panamakanals erblicken. Die amerikanische Regierung hat es daher für nötig gehalten, angehörs dieser Tatsache sich dem englischen Standpunkt anzuschließen.

**Der Reichshaushalt in offizioser Färbung.**

Die allgemeine Rechnung des Reichshaushalts pro 1910 hat mit einem Ueberüberschuss von 117 Millionen Mark abgeschlossen. Diese vom Reichskassendirektor in der Presse lancierte Meldung ist von der bürgerlichen Presse, bis herab zum obskuren Heinen Monatsblätter, fast durchgehendes kritiklos übernommen worden. Von dem Reichskassendirektor Hermann, dem Vater des Vaterlandes aus finanziellen Motiven vorzeitig gelendet wurde, sei ganz abgesehen. Solche Demontententidee ercht man in Deutschland fast alle Tage. Aber es war auch behauptet worden, daß dieser Staats-

schuldig beweise, daß es endlich mit der Schuldenwirtschaft des Reiches zu Ende gehe. Dieser Phantasterei muß doch etwas entgegengetreten werden. Von dem Heberbüchlein entfallen 6,5 Millionen Mark auf die Mehreinnahme, eine Folge der gestiegenen Konjunktur. Die Erparnis selbst belaufen sich bei einem Etat von rund 200 Millionen Mark auf ganze 30 Millionen. Diese Zahlen einander gegenübergestellt, beweisend, daß die weniger ausgegebene Summe doch recht minimal ist, im Vergleich zu den Gesamtansgaben. Nun muß man aber erst abwarten, wo diese Minderausgaben im einzelnen erzielt werden sind, namentlich ob sie bei den einmaligen oder bei den dauernden Ausgaben erzielt worden sind. Bei der Aufstellung des Etats hat man den Militäretat dadurch herabgedrückt, daß fällige Raten für Bauten, gegenüber den Vorjahren, niedriger eingestellt wurden. Diese Erparnis ist aber eine nur scheinbare, denn die Gesamtsummen für die Bauprojekte hat der Reichstag herabgesetzt und es konnte sich somit nur um eine Verkleinerung der Ausgaben handeln. Wenn nun größere Summen aus irgend welchen Gründen nicht ausbezahlt werden, dann ist eine Erparnis fertig. Man wird also, um die Natur dieser Minderausgaben einmündig stellen zu können, erst einmal abwarten müssen, bis der genau spezifizierte Rechnungsbildung vorliegt.

In der offiziellen Darstellung hat es den Anschein, als ob der erstellte Heberbüchlein von 117 Millionen Mark die Folgen der unheilvollen Schuldenwirtschaft des Jahres 1906 bis 1908 fast reines Heberbüchlein sei. Das ist aber irreführend der Fall, denn im Jahre 1906 sind insgesamt etwas über 700 Millionen Mark auf Ausbehalten genommen worden. Selbst ein so rentierangewandter Minister, wie der nationalliberale Abgeordnete Dr. Godefr. (Frankfurt) hat sich genötigt, eine Vertition über in den Wein der Staatsschuld zu schreiben. Er lebt in der Maßgabe der Zeitung ausdrücklich hervor, daß es eine wirkliche Schuldentilgung noch nicht zu denken sei. Und zwar führt er aus:

„Es geht sich nur an helfen an dem Beispiele des Abschlusses im Jahre 1910 selbst. Im Etat dieses Jahres war eine Summe zur Verminderung der Reichsschuld nominell eingestellt, aber tatsächlich, sie dient doch nur dazu, die Anforderungen des außerordentlichen Etats bis zu der gleichen Höhe zu bedecken, so daß sich die Deckung durch Einnahmen entbehren, also auf Anleihe zu nehmende Summe auf 148 Millionen Mark ermäßigt. Um diesen Betrag sollte also etwa ein Drittel der Reichsschuld im Jahre 1910 noch wieder vergrößert werden. Wenn nun sehr erfreulicherweise entgegen dem Etat hinterher 117 Millionen Mark Heberbüchlein erzielt sind, so heißt das, daß die Schuldsumme im Jahre 1910 nicht um jene 148 Millionen, sondern nur um 31 Millionen angewachsen ist. Also selbst dieter mit Recht an sich als „glänzend“ zu bezeichnende Rechnungsbildung hat uns nicht vor neuen Schulden bewahrt, geschweige denn etwas zu einer wirklichen Schuldverminderung übrig gelassen.“

Die eigentliche Schuldentilgung soll erst 1914 beginnen, bis dahin ist ein neuer Reichstag nötig, die Fortsetzung des Heber- und Marinevermittlung werden steigen, und wenn dann wieder eine neue Konjunktur dazu kommen sollte, dann bleibt es bei den finanziellen Schwierigkeiten. Heberbüchlein ist kein Anlaß zu den von den Offiziellen gepflegten frohen Hoffnungen vorhanden, und bei geeigneter Zeit wird man dem Volke mit neuen Steuerforderungen klar machen, was es mit dem „Heberbüchlein“ im Reichshaushalt eigentlich für Veranlassung hat!

### Die reaktionäre Hege gegen die freie Volksversicherung.

Die Organisation einer freien Volksversicherung auf gewerkschaftlich-gemeinschaftlicher Grundlage, die vom Dresdener Gewerkschafts-Kongress in Angriff genommen wurde, erhebt bei den patentierten Bürgern der Staatsordnung, den Reaktionen aller Farben, neue Angriffsstellungen. Nach Herrn Erdberger und der Schmarfänger Volk medelt sich jetzt auch die Reaktionen in dem zum Werte, um die Gefahren, die der bürgerlichen Staats- und Gesellschaftsordnung aus diesen neuen Zeugnissen drohen, in den bürgerlichen Farben zu melden. Schon an und für sich sind die Konjunktur in der Phantastie des konfessionellen Zeugnisses „politische Infrustration“

### Zwei feindliche Welten.

Roman aus der Arbeiterbewegung.  
Von Jan van den Tempel.

16) „Ich komm - heut - nicht mehr.“ schaute Teunis, „ich geh' über!“  
„Das Mädchen“ hatte den Koffer und wollte nicht mit.  
„Du mußt mit!“ sagte Teunis, „ich hab' dich gar so gern.“  
Dendrit erhebt. — „Männer, bleibst ruhig bei der Arbeit, das Reinken bringt Unheil. Ihr habt heute euren Teil bekommen, nun laßt es genug sein.“  
Der Mann mit dem verdorrten Gesicht sah ihn wild an.  
„Gewiss, ein Schnapschen am Montag, das darf nicht sein. Aber uns frumm und lahm schleppen, das dürfen wir. Laßt ihn schmecken, Kungens, doch soll er leben!“  
„Auf jeden Fall laßt ihn seinen Mann gehen.“ wußt Dendrit dem Tagelöhner, der das Mädchen mitgeschleppt hatte.  
Teunis lachte höhnlich. „Was hat denn der Herr dagegen. Er will wohl für diesen scheußlichen Schlippsackwas Wortmund sein.“  
„Voll bist du der Teufel!“ rief das Mädchen heiser aus und nahm zuletzt einen Weisiger über den Arm. Teunis warnte zurück.  
„Was hat denn — der Herr?“ stotterte er, die Faust haltend. „Sie — Sie — freuden doch auch von uns.“  
Dendrit trat zurück. „Aufsteh!“ sagte er bis hin zu Gerad, der vor Verzweiflung seinen Hütten vor Erregung sah. Ein halbe Stunde später hatten die Maurer das herangeführte Material verarbeitet; gemüht zogen sie die Toden an und gingen heimwärts.  
Als Teunis wieder über den Hof übertrat auf der Brücke stehen; mit spöttischen Blicken betrachtete er den verlassenen Bau. Dendrit erwartete ihn mit gerötetem Gesicht.  
„So, die Herren sind spazieren gegangen.“ höhnte der Maurermeister. Er ließ an den Fundamentgruben hin und hinlanktete lächelnd, daß seine drei Mann Arbeit geleistet worden sei.  
„Morgen wird's besser gehen.“ tröstete Dendrit, der sich gegenüber diesem Mann als gleichmütig geben wollte.  
„Morgen?“ spottete Teunis.  
„Im nächsten Tage können die Erwartungen Dendrits sich anfänglich zu erfüllen. Es wurde tüchtig gearbeitet. Über gegen acht Uhr machten die Tagelöhner wieder Anstalten, sich ins Betriebshaus zu begeben. Teunis hielt sich ganz abseits; entschieden stellte Dendrit sich ihnen in den Weg.  
„Ich liebe dich, Kungen nicht.“ sagte er ernst, „ich want in der Hütte frühliden.“

meine der Sozialdemokratie beifolgt Verwirklichung unserer Wirtschaftlichen. Und nun sollen sich diese „politischen Instrumente“ durch Begründung einer Volksversicherung neue Kraft gewinnen, ohne daß sich die Politik dabei ins Mittel legt? Die Kreuzzeitung befreit das nicht.  
Nach dem konfessionellen Wahl ist der Sanjungs der „Volksfürsorge“ die Zusammenfassung eines „sozialdemokratischen“ werden wird.“ Dieses „natürlich“ ist höflich. Von der inneren Organisation der Arbeiterbewegung wird der staatsbehaltende Artikelreiter nicht, oder er will sie nicht kennen, sonst müßte er „natürlich“ wissen, daß aus gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Kreisen kein Feind in die sozialdemokratische Parteifläche schießt. Offenbar ist der Blick der Kreuzzeitung durch zu intime Beschäftigung mit den Zuständen in Vande der Handlung zu übergehend gestäubt, und sie meint jetzt, wie dort, so müßte es überall gehen.  
1845 Millionen Privatkapital sind in der Volksversicherung investiert, 174 Millionen Mark schulden jährlich die Gesellschaften, die sich mit ihr befassen. Die Kreuzzeitung erzählt es mit Schaudern. Sie sieht schon die sozialdemokratische Partei als Milliardenräuber, und bekennt frug sie, ob sich der Staat diesem Unternehmen gegenüber gleichgültig verhalten soll, welche Frage sie selbstverständlich selbst selber sofort mit einem drohenden Nein beantwortet: „Es handelt sich hier, so nur für ein Unternehmen, das Monopolisierung, dem jedenfalls auf irgendeine Weise gemehrt werden muß.“ Es wird nicht länger angehen, daß man der durch die sozialdemokratische forcierten Entwicklung der Konsumvernie rubig aufsieht!“ Also ein neues Unterdrückungsgesetz gegen die Arbeiterkonsumvernie ist das Ziel! Wenn man den Konsumvernie die Rechte abnimmt, wird ja auch der freien Volksversicherung die Luft abgeatmet.

Deute darf jeder Schwindler eine Volksversicherung oder ein anderes Versicherungsunternehmen betreiben. Die Konfessionären werden dagegen nicht einzuwenden haben. Wenn aber eine gewerkschaftliche Organisation, die von Kapitalistischeren Erwerbsbedingungen ausgeschlossen sind und die schon durch ihre ungewisse Ausdehnung ein bisher ungelöstes Maß von Not und Sicherheit bietet, die Volksversicherung in die Hand nehmen will, holt die Kreuzzeitung einseitig den Schutzmann. Das Privatkapital mag räumen wie es will, die Junker sind zufrieden und laufen sich selber Affen. Wehe aber, wenn ein solches, nur dem Gemeinwohl dienendes Unternehmen auch nur entfernt nach Arbeiterbewegung und Sozialismus riecht. Da muß es sofort verboten werden!

Ganz einzig über die Art, in der die Volksfürsorge vom Leben aus zu gehen werden soll, fassen wir die Kreuzzeitung noch nicht zu sein. Benötigt es nicht es die Kreuzzeitung nicht den neulichen Vorschlag der Volk aufzunehmen, man möge doch, um der Dual ein Ende zu machen, das ganze Volksversicherungswesen verstaatlichen. Vielleicht macht sie das gefährliche Beispiel Italiens füngig, wo die geplante Verstaatlichung der Lebensversicherung jetzt von den Kapitalisten als erster Akt der sozialistischen Expropriation verfahren wird. Sie will sich nicht, um der sozialdemokratischen Propaganda zu entgegen, in die sozialpolitisch-demokratische Schalla fügen. Sie beschränkt sich also, ohne etwas anderes an die leere Stelle zu setzen, gegenüber der aufzuweisen positiven Arbeit der Arbeiterbewegung wie gewöhnlich auf die bloße Negation. Für die neue Art der konfessionellen Partei, die Herr von Hebebrand in der Halle'schen Zeitung antündigt, ein wiederkehrender Anfang!

### Landrat und Farrer.

Der evangelische Oberkirchenrat soll demnach berufen sein, die von einem Farrer angehtig angegriffene Ehre eines preußischen Landrats wieder herzustellen. Farrer, a. D. Köstliche teilte nämlich in einer Versammlung mit, daß gegen einen Farrer im Kreise Zellow das Disziplinverfahren mit dem Ziele der Amtsentziehung im Wege, weil der beschuldigte Farrer den Landrat des Kreises Zellow von Achenbach der Verletzung der Amtspflicht und der Bodenbesetzung beschuldigt habe. Weiter wird dem Pastor zur Last gelegt, daß er der Direktor der Zellower Kreispartalle beiseite, sich in die Verhandlung einer Wähle einmischte, eine Entschädigung für seine Gemeinde an den Reichstag gefandt und eine falsche Verächtigung in das Zellower Kreisblatt eingelebt habe. Köstliche teilte weiter mit, daß das Hauptverfahren vom

Oberkirchenrat gegen den Pastor schon eingeleitet sei, daß die Sache aber in aller Feindlichkeit abspiele, da dem Pastor streng verboten worden sei, sich mit seiner Angelegenheit an die Öffentlichkeit zu wenden. Aus diesem Grunde verweigert Köstliche auch den Namen des beteiligten Farrers.  
Man wird sich fragen, was denn alles das den evangelischen Oberkirchenrat angeht. Hat der Farrer den Landrat beleidigt, dann mag er ihn nur das oberbischöfliche Gericht ziehen; auch der Direktor der Zellower Kreispartalle muß diesen Weg eingeschlagen. Die Sache gewinnt aber einen ganz eigenartigen Reiz, wenn man erfährt, daß es sich um den Farrer Stier der Gemeinde Wöhlen handelt. Die Militärverwaltung hat den Joffener Schießplatz erheblich erweitert und benötigte dazu ein Gelände, das in der Fur der Gemeinde Wöhlen lag. Wöhlen spezialisten hatten von dem Pläne der Kenntnis erlangt als wie die Bewohner der armen Gemeinde, und kauftten nun den Bauern den Grund und Boden für ein Spottgeld ab, um ihn dann teuer an den Militärismus wieder abzutreten. Der Farrer betrieb nun die schöne Einföhrung einer gemeindlichen Verwaltungsstelle, um von den enormen Gewinnen auch der Gemeinde etwas zuzuflehen zu lassen. Die Genehmigung zur Erhebung dieser Steuer durch den Landrat des Kreises Zellow erfolgte aber so spät, daß die Gewinne aus dem Grundstückskauf mit dem Militärismus nicht mehr gefest werden konnten. Daraus entstanden dann die Differenzen mit dem Landrat. — Und nun betrautet sich der Oberkirchenrat als das geeignete Forum, vor dem der Farrer sich verantworten soll, und zu allem wird das Verfahren geheim geführt! Ein preußischer Landrat ist eben doch noch mächtiger als ein evangelischer Oberkirchenrat.

### Deutsches Reich.

Das preussische Etat. Das Finanzministerium hat an die Reichskasse die Anweisung ergehen lassen im nachträglichen Etat mögliche Sparanfänge zu üben, die ja in Preußen stets am vertriehen Ende geübt wird. Einer parlamentarischen Korrespondenz zufolge werden aber eine Reihe größerer Änderungen im Etat aufgestellt werden müssen, so die ersten Raten für die Elektrifizierung der Berliner Stadbahn, für den Neubau des Berliner Opernhauses und für die Ausschöpfung und Kultivierung von Mooren.

Sächsischer Meinungsfreiheit der Lehrer. Fünf Dresdener Lehrer hatten wegen Teilnahme an sozialdemokratischen Versammlungen eine Ermahnung erhalten. Sie legten dagegen Beschwerde ein. Das sächsische Kultusministerium hat in einer grundsätzlichen Entscheidung diese Beschwerde abgelehnt. In dieser Entscheidung wird erklärt, daß die oberste Schulbehörde nicht davon entfernt sei, den Lehrern die Ausübung ihrer hochoberörtlichen Rechte insbesondere zu befähigen, insbesondere ihnen die Meinungsfreiheit oder sonstige Betätigung auf politischem Gebiete grundsätzlich zu verweigern. Unternehmbar aber mit dem Ansätze sei die Unterstützung aller Vorkämpfer, die sich der bestehenden Staatsordnung mit behutsamer Entschiedenheit entgegenstellen und ihren Umsturz anstreben. — Es laufe den besonderen Pflichten des Beamten und Lehrers zusammen, wenn ihre Betätigung auch nur den Anschein erweckt, als wenn ein Angehöriger dieser Stände sich jenen Zielen gegenüber „nicht scharf ablenkend verhalten.“

Als seine eigene Meinung äußern die Lehrer schon haben, nur schließt die sächsische Regierung, wie sie sein darf. Es lebe die königlich sächsische Meinungsfreiheit!

### Frankreich.

#### Sturm im Parlament.

Paris, 11. Juli. Während der gestrigen Kammeritzung kam es in den Abendstunden während der Rede des Abgeordneten Cullen (unifiziert, Sozialist), der die Regierung wegen ihrer Haltung in der Eisenbahnerfrage heftig angriff, zu Krampffällen. Zwischen den Radikal-Sozialen und Unifiziert-Sozialen wurden gegenwärtig Schimpfwörter ausgetauscht. Der Abgeordnete Maginot sprach auf den Abgeordneten Paul de la Motte, zwischen beiden entspann sich ein wildes Schandgespräch. Freunde der beiden führten sich ebenfalls durcheinander. Die Beiden des Dantes verdrachten vergebens, zu intervenieren. Die Sitzung mußte aufgehoben und auf die Tribünen verlagert werden. Nach Wiederaufnahme der Sitzung setzte Cullen seine heftigen Ausfälle gegen die Regierung fort.

Der Abbruch von Geschäften war eine heftige Sache. Im Vergleich zu dem Unternehmern war er heftiger. In einem anderen Unternehmung bekam er Franken alles für einen Spottpreis, bei ihm dagegen wurde die Sache bedeutend teurer.

Nach und nach bekam er doch eine andere Meinung von einem Manne wie Römer. Im geringen Lohn teilte die Arbeiter, die er hatte, mit ihm. Der Mann hatte eine bestimmte Taktik: Untertragung von Arbeitern in allerlei Kombinationen, so daß man jederzeit in der Lage war, die Leistungen der einzelnen Arbeiter miteinander zu vergleichen. Ein sehr kluger Schachzug! Und ganz unaufrichtig legte er die Arbeiter hinein. Ein volkstümlicher Zuschauer! Nun ja, wenn man an Preisen und Löhnen nicht zu festhalten vermag, dann war auch nichts zu verdienen; der Mann mußte doch viel Konsultieren die Spitze bieten.

Es war ärgerlich, wie gemüht die Zimmerleute arbeiteten im Vergleich zu den Zeilen Mörers! Als dritter war ein Bekannter Storch eingeleitet worden. Da war nun eine ideale Kameradschaft bestimmt. Sie hielten natürlich ihre Zeit ein, amtierten unter den Augen des Bauleiters regelmäßig weiter — allein, es kam nicht halb so viel Arbeit aus ihren Händen, als es hätte der Fall sein sollen. Ein unheimlicher Beschalte, nur wie ein echter Unternehmer, den Zeilen beibringen zu lassen, das sie sich etwas besser zu tunen zu hätten. Aber es blieb schließlich nichts anderes übrig. Der Brandien hielt ihm unermüdet jede Woche seine Probal über die Notwendigkeit möglicher Charaktere, und wenn er nun bemerken würde, daß die Zimmerleute viel zu teuer kommen würden, dann würde er selbst die Zeilen zu treten. Das waren die Gedanken, mit denen sich der junge Mann immer wieder beschäftigte.

Langsam schritten die Bauten vorwärts. Wie dem einen der Zimmerleute die Arbeit ausging, so dem anderen. Die Bauleitern mit aus den Augen ausliehen den neuen Schichten, bis zur ersten Ballenlage, bei den anderen bis zur Mauerhöhe. Am Freitag, als Dendrit über den Platz schenbete, kam Römer auf ihn zu.  
„Auf ein Wort, Herr Müller. Jeder bestimmet sich um seine eigene Sache, aber meine Leute haben sich über den Kufenthal beim Einwickeln der Seime und über den Kufenthal der Ballenlage. Wenn Sie noch ein paar Männer einwickeln würden?“

Er wartete eine Weile und fuhr dann ironisch fort: „Zimmerleute sind lieber faul als müde.“  
„Am Montag kommen noch zwei Mann.“ antwortete Dendrit kurz.  
Er ging langsam weiter. Ob die Zimmerleute es sich bequem machen Römer herte sich den Teufel drum. Es gab nur einen Grund: Leute einstellen und dann die Arbeiter einzeln einzeln... (Beschreibung folgt.)

XV.  
Die Bauten waren somit geblieben, doch Dendrit an die Vergebung der Malarbeiter denken mußte. Brandien schickte ihm den Meister Honig auf den Hals, ein behagliches Männchen von frommem Sinn, mit tunden Gesicht und frummen Beinen über und über gekleidet, als sei er eben aus einem Farbfabrikat getreten. Honig schickte die Malarbeiter für die fünf Häuser auf zweifelhafte Mark an — ein Spottpreis, wie er behauptete; nur sollte, geistliche Arbeit fäme aus seinen Händen.  
„In Brandien den Preis hoch, brach er in ein Gelächter aus. „Ein gereicher Geschäftsmann, lieber alte Honig.“ rühmte der Unternehmer. „Müller, geben Sie nur acht und lassen Sie sich nicht über's Ohr hauen.“  
Dendrit nahm sich den Meister Honig nochmals vor, und nach einer heftigen Unternehmung wurden die Arbeiten auf fünfgehobert stark vorangetrieben.

Schließlich verlangte Cailiauz die einfache Tagesordnung und das Vertrauen des Hauses. Das Vertrauen wurde der Regierung mit einer Majorität von 350 Stimmen zugesprochen. Die Kammer endete 10 1/2 Uhr abends unter fröhlichen Tumulten.

### Oesterreich-Ungarn.

Das Ende der christlichsozialen Partei.

Der Sturz in der christlichsozialen Partei kommt in der Wiener Gemeinderatswahl zum Ausdruck. Heute, Dienstag, abend wird, dem H. Z. zufolge, formell der Austritt von 23 Gemeinderäten aus dem Bürgerklub, dem bisher sämtliche christlichsozialen Gemeinderäte angehörten, beschlossen werden. Die austretenden Mitglieder werden sich auf Basis eines antimilitaristischen und erblichen Programms insulieren. Im Bürgerklub bleiben nur noch Anhänger Gehmanns zurück, die mehr zur linken Richtung gehören.

### Türkei.

Die Lage in Albanien.

Die aus Albanien vorliegenden Meldungen sind äußerst widersprüchlich. Eine aus Gëstine eingetroffene amtliche Meldung behauptet, daß der Aufstand der Albaner in Mazedonien begriffen ist, da die Aufständischen den Versprechungen der Porte keinen Glauben schenken. Auch der Lastenamt habe sich erhoben. Dagegen kommt aus Saloniki folgende offizielle Meldung: Die Erregung in der Gegend von Skopje und anderen südbalkanischen Orten scheint im Schwinden begriffen zu sein. Mehrere Anhänger des Königs Vesim-Effendi haben ihn verlassen, sie haben sich den türkischen Behörden gestellt, weil der von Vesim-Effendi vermittelte Ruf als aussichtslos betrachtet wird.

Der bekannte Albanerführer Zia od-Din ist in Wien eingetroffen und wird von hier aus die anderen europäischen Hauptstädte besuchen. Seine Reise bezweckt, die maßgebenden Kreise Europas über den Stand der Dinge in Albanien zu informieren und die Ansichten kennen zu lernen, welche die maßgebenden Kreise Europas gegenüber den Wünschen und Beschwerden des albanischen Volkes hegen.

### Amerika.

Gaizo in Venezuela.

Der Expräsident von Venezuela hat seinen Sturz nicht verhindern können und in seinem unfeindlichen europäischen Exil finstere Pläne gefasst, um wieder in den Besitz der Präsidentschaft zu gelangen. An allerfirstmütigkeit hat er die Vorbereitung zu einer Invasion getrieben, und jetzt ist es ihm gelungen, verfeindete venezuelanische Heere zu betreten und eine mehrbillionäre Schar von 2000 Anhängern um sich zu sammeln, mit der er die Hauptstadt des Landes bedroht.

Die Regierung bemüht sich, so rasch als möglich Truppen zu konzentrieren. Zusammenstöße sind unmittelbar bevorstehend, in einzelnen Provinzen sind bereits Aufstände ausgebrochen, die indes bisher unterdrückt werden konnten. In Washington nimmt man zunächst den Standpunkt ein, daß mit dem Betreten venezuelanischen Bodens die Absetzung Gaizos durch die britische Regierung sei.

Washington, 10. Juli. Der Korrespondent der New York Sun telegraphiert, daß Gaizo am Fuße von Caracas ein befestigtes Lager besetzt hat und zweiwundert gut bewaffnete Anhänger hält. Das Lager liegt 700 Meter von der Hauptstadt Caracas entfernt. In Caracas ereignete sich eine Panik unter der Bevölkerung. Viele sind jedoch Anhänger des ehemaligen Präsidenten und erwarten nur seine Ankunft in der Hauptstadt, um ihm zuzujubeln. (?)

### Mexiko.

Ein politischer Aufstand.

New York, 10. Juli. Ein neuer Aufstand unter Führung Raders ist im Staate Chiapas ausgebrochen. Zweitmalig kann unter José Torres verlangt den Eintritt des Staatsgouverneurs, Dols erntlos. — Bei den Unruhen in Coahuila gab es 8 Tote und 15 Verletzte.

### Aus der Partei.

Sozialdemokratischer Gemeinderat.

Bei den Stadtratswahlen in Freiburg in Baden versahen unsere Genossen die ersten beiden Stadtbürgeramtsmandate. Zwei unserer Genossen, Engler und Gumbach, wurden gewählt. Mit ihnen giebt die ersten Sozialdemokraten in der Freiburger Stadtrat.

Reichstagskandidat.

Im zweiten weimarschen Reichstagswahlkreise Eisenach-Dornbach wurde von der Parteiverammlung der bisherige Abg. Genosse Leber-Sena einstimmig wieder als Reichstagskandidat aufgestellt.

### Aus der Jugendbewegung.

Die Jugendbewegung im Ausland.

Ueber den Stand und die letzten Vorgänge innerhalb der Jugendbewegung im Ausland macht der Sekretär der internationalen Verbindung der sozialistischen Jugendorganisationen, Genosse Robert Danneberg-Wien, folgende Mitteilungen:

Dänemark. Der dänische Jugendverband hat in diesem Frühjahr gelegentlich der Retruntsausübung eine Broschüre über den Militarismus verbreitet und 50 Verammlungen abgehalten.

In Finnland wird sich der Parteitag, der im Herbst abgehalten wird, auch mit der Frage der Jugendbewegung beschäftigen.

In Frankreich ist der letzte Parteifongreß von St. Quentin zur Verhandlung der Frage der Jugendbewegung nicht gekommen und hat ihre Erledigung dem außerordentlichen Parteitag vorbehalten, der im November abgehalten werden soll.

In Holland befehligt der Parteitag der Arbeiterpartei, der im April in Utrecht tagte, daß im Hinblick auf die Parteiorganisationen Jugendabteilungen gegründet werden sollen, hingegen der bestehende Jugendverband Jaater nicht zu unterliegen sei. Dierdurch ist auch in der Jugendbewegung Hollands formal die Spaltung vollzogen, die in der Parteibewegung bereits vorhanden war.

In Oesterreich erscheint seit 1. Mai neben dem deutschen Jugendlichen Arbeiter und dem tschechischen Bovernl mladobe ein drittes Jugendorgan, das vom Verband der italienischen Arbeiterjugend in Oesterreich herausgegeben wird. Es heißt La Gioventu Socialista und erscheint täglich in Triest. Via Rossello 5.

Intra-nationales. Der Glasgower Antirassensverband der englischen Sonntagsschulen ersucht die Jugendvereinigungen aller Länder, ihre Mitglieder auf die Boykottierung der

Singer-Maschinen aufmerksam zu machen, welche die englischen Gewerkschaften ausgesprochen haben. Insbesondere die Organisationen, die weibliche Mitglieder besitzen, sollten der Angelegenheit ihr Augenmerk zuzuwenden.

Adresseveränderung. Die Adresse der Jugendorganisation Hollands ist nunmehr Albert Brinhuus jun., Amsterdams 30 II, Brinjuengracht.

### Soziales.

Von der Behandlung der Arbeiter in den Kolonien.

Der Maurer G. war von dem Bau- und Betriebs-Versortium Vachstein u. Koppel bei 10 Mrk. Lohn pro Tag nach Südwestafrika engagiert worden. Er wurde jedoch, wie der Vorrat berichtet, gar nicht als Maurer beschäftigt, sondern mußte dieselbe Arbeit machen wie die Eingeborenen, nämlich Weinbergen und Ertragungen, wobei er allerdings als Vorarbeiter tätig war. Nach dem Vertrag konnte er aber verlangen, als Maurer beschäftigt zu werden. Die Arbeitstätigkeit führte zu Differenzen mit den leitenden Ingenieuren. G. wurde bald aus einer Kolonie in die andre versetzt, mit der Begründung, daß er sich für die jeweilige Kolonie nicht eigne; obwohl es sich immer um die gleichen Arbeiten handelte. Schließlich wurde er fristlos entlassen. Er flagte nunmehr beim Berliner Gewerbegericht gegen das Unternehmen aus Zahlung von 58 Mrk. für die Ausreise und Schadenersatz für die Mißjahnsfahrt. Die klagende Firma bestritt die Entlassung und behauptete, Kläger habe selbst aufgegeben. Die Beweisaufnahme war für den Kläger infolge nicht günstiger, als die beteiligten Ingenieure, die als Zeugen vernommen wurden, die fristlose Lösung durch den Kläger behaupteten. Der Vertreter des Klägers blieb jedoch dabei, daß der Kläger von den Ingenieuren insuliert worden ist und die von Kläger gebrauchte Aufzehrung, aus der jetzt ein Recht auf Lösung des Vertrags durch den Kläger gefolgt wird, sei nur auf die Verärgerung und gereizte Stimmung zurückzuführen.

Der klägerische Vertreter führte an, daß die Firma die Verabreichung der Zugschüsse für die Eingeborenen von 40 auf 30 Pfg. angeordnet hätte, und als die Leute in drohender Haltung das Geschäftshaus umstanden und den ihnen zuteilenden Lohn forderten, sei auf Veranlassung des Unternehmens von der Schuttruppe auf die 60 Eingeborenen geschossen worden, so daß 20 Tote den Boden bedeckten. Der Vertreter der Beklagten wußte auf diese Anschuldigungen nichts zu erwidern. Das Gewerbegericht, unter Vorsitz des Magistrats Dr. Schalkorn, trat zu einem Urteile. Schon der mit dem Kläger geschlossene Vertrag mit seinen gegen die alten Seiten verlobten Kündigungsvorbestimmung sei bei angetreten. Die Firma habe dem Kläger für die ganze Dauer der itaglichen Arbeit, voraussetzlich drei Jahre, engagiert. Für nur sein vorheriges Kündigungrecht eingeräumt, während sich die Firma das Recht vorbehalten hatte, ihm mit vierwöchiger Frist entlassen zu dürfen. Den vielen Bemühungen des Gerichts gelang es denn auch, die Parteien auf 300 Mrk. zu vergleichen.

Durch diese Verhandlung erfährt man von einer ganz eigenartigen Benutzung der Schuttruppe. Sind dem Staatssekretär für die Kolonien die Vorgänge bekannt und billigt er das Lösen von 20 Eingeborenen, die nach dem Vortrag in der Verhandlung nicht weiter getan haben, also darauf bestanden, daß der Vertrag ungelöst werde. Sollten deutsche Truppen dazu verwendet werden, zugunsten der privaten Interessen eines Unternehmens, ja zum Schutze seines Vertragsbruches verwendet zu werden?

### Die Syndizierung der Brauntoblen-Industrie.

Die Brauntoblenindustrie hat im Deutschen Reiche überaus rasche Fortschritte gemacht. Sie produzierte 1885 nur 15,3 Millionen Tonnen, 1900 schon 46,5, 1910 gar circa 70 Millionen Tonnen, hat sich also in 25 Jahren fast verdreifacht. Der Grund dieser Fortschritte ist in der Preissteigerung der Steintoblen zu suchen, wodurch für die Brauntoblen ein günstiger Absatzmarkt geschaffen worden ist. In anderer Hinsicht, der auf die Entwicklung des Brauntoblenbergbaues hinweist, hat sich der Fortschritt der Technik und der Arbeitsproduktivität, der besonders hier auffallend hoch war. So war die Brauntoblenproduktion pro Arbeiter berechnet:

1874-76	... 497 Tonnen
1888-89	... 504
1901-02	... 788
1907	... 942

Trotz dieses Fortschrittes ist der Brauntoblenpreis fast stabil geblieben. So wird der Wert der Brauntoblenförderung für 1885 auf 40,4 Millionen Mark und für 1909 auf 17,9 Millionen Mark berechnet. Da 1885 die Förderung 15,3 Millionen Tonnen und 1909 68,4 Millionen Tonnen betrug, so stellt sich der Durchschnittspreis einer Tonne: 1885 auf 2,64 Mrk. und 1909 auf 2,62 Mrk.

Die Arbeitsproduktivität hat sich seitdem fast verdoppelt, der Preis ging aber nicht herunter...

Eben, weil der technische Fortschritt heute nicht mehr den Preis der Erzeugnisse senkt, sondern hoch den Profit der Unternehmung erhöht, und warum dies? Weil die Brauntoblenindustrie, wie der Steintoblenbergbau, syndiziert ist, und weil die Endabgabe es vermocht haben, die Preise der Erzeugnisse dauernd auf dem hohen Niveau zu erhalten.

Schon 1885 hat sich ein Brauntoblenverein gegründet, der sich das Ziel setzte, die Interessen der Brauntoblenproduzenten wahrzunehmen. Seit 1890 kommen auch Preisverabredungen aus. Gegenwärtig sind an 68 Prozent der gesamten deutschen Brauntoblenförderung und 80 Prozent der Britenproduktion durch Syndikate und Verkaufsvereinigungen verbunden. Unter den Syndikaten ist das Mitteldeutsche Brauntoblen-Syndikat in Leipzig das weitest bedeutendste. Es vereinigt 33 Gesellschaften und produzierte im vorigen Jahre 5 Millionen Tonnen Brauntoblen (von einer Gesamtproduktion des Deutschen Reiches in der Höhe von 19,56 Millionen Tonnen). Dann kommt das Niederlausitzer mit 4,19 Millionen Tonnen Brauntoblen, das Rheinische Syndikat in Köln mit 3,67 Millionen Tonnen Brauntoblen, das Westfälische mit 2,88 Millionen Tonnen, das Bitterfelder mit 1,4 Millionen Tonnen, das Kaufinger und das Hessische Syndikat mit 0,66 bzw. 0,29 Millionen Tonnen.

Diese sieben Syndikate, die gefordert abgeschlossene Gebiete für sich haben, beherrschen den Markt für Brauntoblen. Nicht zum mindesten deshalb, weil sie die passendsten und besten Grubenfelder angekauft haben und somit die Entziehung neuer Werke zu verhindern suchen, sowie mit dem zum Abbau geeigneten Werke Verträge geschlossen haben.

Von Interesse ist noch die Verteilung des Brauntoblenbergbaues auf die einzelnen Bundesstaaten. In Preußen ist daran mit 60 Prozent, Sachsen-Altenburg mit 5,95 Prozent, Königreich Sachsen mit 4,57 Prozent, Braunschweig mit 2,72, Bayern mit 2,16, Anhalt mit 1,89 und Slesien mit 0,72 Prozent beteiligt. Der Schwerpunkt des Brauntoblenbergbaues liegt in den preussischen Provinzen Sachsen und Brandenburg, sowie in den angrenzenden Randstaaten Sachsen, Sachsen-Altenburg, Anhalt

und Braunschweig, der Einflußsphäre des Mitteldeutschen Brauntoblen-Syndikats. Wie dieses so hat sich auch das Rheinische Syndikat besonders rasch ausgedehnt, das fast konzentrisch herrscht.

### Gewerkschaftliches.

Die Preisensperierung in Skandinavien.

Die Zentralorganisation der norwegischen Unternehmung hat schon angeordnet, daß am 8. Juli alle Arbeiter der Sägemühlen, Hobereien, Zellulose- und Papierfabriken und Holzschleifereien, insgesamt 16 000 Personen, ausgesperrt werden. Am 15. Juli sollen folgen: Sämtliche Arbeiter der Eisenindustrie, der elektrischen Installationsfirmen, sowie die Arbeiter einiger Papierfabriken, die am 8. Juli noch nicht ausgesperrt werden konnten. Insgesamt werden also am 15. Juli 32 000 Arbeiter in 235 Industriebetrieben ausgesperrt sein.

Die Ursache dieser Aussperrung bildet der Streit im norwegischen Eisenerzbergbau. Bereits im vorigen Jahre waren zwischen den organisierten Arbeitern und zwei großen Armentarier abgeschlossen worden. Die zentrale Unternehmerrvereinigung weigerte sich indes, diese Tarife zu sanktionieren, weil die Löhne sowohl zu hoch, als zu detailliert waren. Anstatt dessen kündigte die Unternehmerrvereinigung sämtliche Bergwerksverträge. Die eingeleiteten Verhandlungen wurden von den Unternehmern endlos in die Länge gezogen, bis am 16. Mai schließlich das Handelssekretariat der Gewerkschaften bei der endgültigen Feststellung der Forderungen der Bergarbeiter erklärte, noch einmal die Verhandlungen aufnehmen zu wollen unter der Voraussetzung, daß bis zum 8. Juli abgeschlossen sein würden. Die Unternehmerr erwiderten darauf, daß jegliches weitere Entgegenkommen ihrerseits ausgeschlossen sei. Daraufhin reichten die Bergarbeiter, etwa 3000, ihre Kündigung ein, worauf die Ausdehnung der Aussperrung erfolgte. Die Verträge, die auch von anderer Seite gemacht worden sind, um den Kampf zu verhindern, scheiterten an der Haltung der Unternehmerr.

Die Landesorganisation der norwegischen Gewerkschaften, die diesen Kampf zu führen hat, umfaßt zurzeit etwa 50 000 Mitglieder in den verschiedenen Industrien des Landes. Das Sekretariat der Landesorganisation fordert in einem Aufrufe die organisierte Arbeiterkraft des Landes an, die ausgesperrten Arbeiter zu unterstützen. Es werden neben den regulären Beiträgen noch öffentliche Sammlungen im ganzen Lande veranstaltet werden. Außerdem wird von der Landeszentrale von jedem nichtausgesperrten Mitglied der norwegischen Gewerkschaften ein obligatorischer Extrabeitrag von einer Krone pro Woche bis zur endgültigen Entscheidung der Arbeiter erhoben. Die Arbeiter werden weiter in dem Aufrufe aufgefordert, während des großen Kampfes einig zusammen zu halten, überall für die Aufrechterhaltung der Ruhe zu sorgen und jeglichen Versuch abschwächender Getränke zu unterlassen.

Die Aussperrung in Schweden ist von den Unternehmern in ähnlicher Weise vom Baune gezogen worden, wie die in Norwegen. Die Bauunternehmer hatten die geltenden lokalen Tarifverträge zum 31. März d. J. gekündigt. Die Unternehmerr unterbreiteten den Arbeiterorganisationen ein neues einseitiges Tarifverbot für sämtliche Gewerke und Orte, der bis zum 31. März 1918 Geltung haben sollte und eine sehr empfindliche Senkung der Löhne besaß. Die eingeleiteten Verhandlungen konnten zu keinem Resultate führen, da die Arbeiter bei den rasch steigenden Lebensmittelpreisen es runderweg ablehnen mußten, einen fünfjährigen Vertrag für das ganze Reich ohne jegliche Lohnerhöhung abzuschließen, geschweige denn Lohnreduktionen in Kauf zu nehmen. Die Unternehmerrzentrale hat darauf den Beschluß gefaßt, ab 10. Juli das gesamte Baugewerbe Schwedens stillzulegen, so daß nach den Berechnungen der bürgerlichen Presse an diesem Tage etwa 40 000 Arbeiter auf der Straße sitzen würden.

Der staatliche Vergleichsbeamte in Stockholm hatte in letzter Stunde die Parteien nochmals zu einer Verhandlung herbeigerufen, um, wenn möglich, den drohenden Kampf abzuwenden. Da die Unternehmerr aber jegliches Entgegenkommen nach wie vor ablehnten, entbieten die Verhandlungen erfolglos. Die Arbeiter machten den Unternehmern das Zugeländnis des fünfjährigen Vertragsabzschlusses, während die bisherige Vertragsdauer nur zwei bis drei Jahre betrug. Dafür verlangten sie zunächst Zurücknahme aller gegenwärtigen und vorgeschlagenen Lohnsenkungen und eine Lohnerhöhung für einzelne Branchen innerhalb der fünfjährigen Vertragsperiode. Der staatliche Vergleichsbeamte hatte dann einen Vermittlungsvorschlag gemacht, auf den ein wesentlicher Teil der Arbeiter nicht eingehen zu können glaubte, so die Bauhilfsarbeiter, die Eisen- und Metallarbeiter und die Holzarbeiter, die es runderweg ablehnten, auf einer solchen Grundlage mit den Unternehmern Verträge abzuschließen. Aber auch die Arbeiter der übrigen Berufe haben wenig Neigung, sich in der Weise dem Unternehmerrtum auszuliefern. Die Unternehmerr haben dagegen diese Vergleichsvorschläge angenommen, die Beweis dafür, wie ausgeprägt die Interessen in den Vergleichsvorschlägen des gesamten staatlichen Vermittlers gemacht waren. — Die Aussperrung wird also demnach am 10. Juli perfekt werden. Die Arbeiter weisen zwar daran, daß es den Unternehmern gelingen wird, 40 000 Arbeiter auszusperren. Aber auch wenn diese Zahl nicht ganz erreicht wird, handelt es sich um einen großen Kampf von lebensfalls längerer Dauer. Ueber die Stellung der schwedischen Landeszentrale, die nunmehr um ihre Unterstützung angegangen werden wird, ist zurzeit noch nichts bekannt.

### Wasserstände.

(+ bedeutet über, - unter Norm.)

Ort	Inhalt und Saale	9. Juli	10. Juli	11. Juli	12. Juli
Artern, Brüdenepe		+0,34	+0,34	—	—
Artern, Oberpegel		+1,20	+1,18	—	—
Unterpegel		-1,20	-1,02	0,18	—
Weißeneis, Oberpeg.		+2,38	-2,38	—	—
Unterpeg.		+0,22	+0,20	0,02	—
Trotha, Oberpegel		+1,24	+1,10	0,14	—
Unterpegel		+0,30	+0,66	—	—
Vernburg		+0,30	+0,20	0,10	—
Salze, Oberpegel		+1,43	+1,34	0,09	—
Unterpegel		-0,24	-0,20	—	0,04

### Fluß.

Dresden	9. Juli -1,94	10. Juli -1,92	-0,02
Lurgau	-0,20	-0,18	0,02
Wittenberg	-0,83	-0,76	0,08
Wobau	-0,20	-0,18	0,02
Verbu	+0,81	+0,27	0,07
Wandeburg	-0,50	-0,50	—

Verantwortlich für Setzdruck, Politische Nachrichten, Parteimeldungen, Ausland, Gemeindefachliche, Reuilleton und Vermischtes: Carl Bod. Lokales, Provinziales und Verammlungsberichte: Wilhelm Seenen, beide in Halle.





## Deutscher Ortskrankenrententag.

k. r. Dresden, 9. Juli 1911.

Am Sonntag mittags 3 Uhr wurde der diesjährige Krankenrententag eröffnet. Es sind circa 800 Delegierte erschienen, und der Festsaal des Zirkus vermag diese große Schaar kaum zu fassen. Wenigstens 80000 Dresden begrüßte die Anwesenden aufs herzlichste; die Konstituierung und die Annahme der Geschäfts- und Tagesordnung vollzog sich glatt und rasch. In das Bureau traten Fräulein Dresden (Arbeitsnehmer), Witt-München (Arbeitsnehmer) und Joliner-Wien (Arbeitsnehmer) als Vorsitzende gewählt; außerdem vier Schriftführer.

Die sehr umfangreiche Tagesordnung lautet:

1. Bericht der geschäftsführenden Kasse.
2. Die Anpassung der Ortskrankenrenten an die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, und zwar:
  - a) Behördenorganisation, Aufsicht, Rechtshilfe und Strafvorschriften. Referent: Justizrat Dr. Meyer-Frankenenthal.
  - b) Umfang der Versicherung. Referent: Bureauvorstand Fenzel-Dresden.
  - c) Gegenstand der Versicherung. Referent: Kassenvorstand Witt-München.
  - d) Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten. Referent: Geschäftsführer Albert Kohn-Berlin.
  - e) Träger der Krankenerhebung; Krankenverbände. Referent: Kassenvorstand Hollender-Leipzig.
  - f) Die Bewahrung. Referent: Kassenvorstand Graf-Frankfurt a. M.
  - g) Krankenrecht (Dienstordnung). Referent: Justizrat Dr. Meyer-Frankenenthal.
  - h) Verwaltung der Mittel. Verhältnis zu Ärzten, Zahnärzten, Krankenschwestern, Apotheken. Referent: Schriftführer Starke-Dresden.
  - i) Besondere Berufsvereine. Referent: Geschäftsführer Albert Kohn-Berlin.
  - k) Gesundheitsplan und innere Einrichtungen. Referent: Bureauvorstand Fenzel-Dresden.
3. Antrag der geschäftsführenden Kasse auf schleunige Herstellung von Musterleistungen für Ortskrankenrenten.
4. Antrag der freien Vereinigung sächsischer Ortskrankenrenten:

Dem Bundesrat dahin vorzulegen zu werden, daß beim Neubau von Cuihungsanstalten für die Invalidenversicherung die notwendigen Marken hergestellt und ausgegeben werden.

5. Antrag der geschäftsführenden Kasse auf Änderung der Krankentafelungen.

6. Antrag der geschäftsführenden Kasse auf Eröffnung einer Krankenkassens- und Beratungsstelle für die Krankentafelungen.

7. Bericht des Kassenvorstandes und Entschädigung über die fernere Gestaltung der Tarifverträge.

8. Beschlußfassung über die Einführung gleichmäßiger Statistiken bei den Krankentafelungen.

Es wurde eine neungliedrige Kommission gewählt, welche am 7. der nächsten Woche tagen und am Dienstag Bericht erstatten soll. Die eigentlichen Verhandlungen begannen am Montag vormittag.

k. r. Dresden, 10. Juli 1911.

### Erster Verhandlungstag.

Die Sitzung wurde morgens 9 Uhr durch Fräulein Dresden eröffnet. Als Vertreter der Behörden sind anwesend: Geh. Rat Dr. K. K. als Vertreter des Königl. sächsischen Ministeriums, Regierungsrat Dr. K. K. als Vertreter des Reichsversicherungsamtes, Freih. v. F. als Vertreter des Königl. Reichshauptamts, Oberregierungsrat Dr. B. als Vertreter des Landesversicherungsamtes Sachsen, Stadtrat Dr. K. als Vertreter des Dresdener Stadtrats; ferner ist ein Vertreter der Reichskommission der sächsischen Krankentafelungen anwesend. Fräulein begrüßte alle diese Erscheinungen mit dem Bericht der Kasse und den circa 800 Delegierten aus herzlichste und flüchtigte dann kurz die Aufgaben des Kongresses. Der Hauptgegenstand dieser Tagung lautet: Anpassung an die Reichsversicherungsordnung. Es ist in der ganzen Öffentlichkeit genügend bekannt, daß die Reichsversicherungsordnung die Krankenrenten absolut nicht befriedigen kann, aber es handelt sich auf diesem Kongress nicht darum, dieses Gesetz noch weiter zu kritisieren, sondern darum: wie passen wir uns diesem Gesetz an? Fräulein sprach die Hoffnung aus, daß Beschlüsse die Arbeitgeber in voller Einmütigkeit zusammen arbeiten werden. — Nachdem auch Stadtrat K. als Vertreter der Erscheinungen im Namen des Dresdener Stadtrats begrüßt, gab Bureauvorstand F. den Bericht der geschäftsführenden Kasse. Es sind heute dem Zentralverband von Ortskrankenrenten 34 Kassen und Verbände mit 4 1/2 Millionen Mitglieder angeschlossen. — Der Bericht, der ein reiches Zahlenmaterial über die Verhältnisse der einzelnen Kassen enthält, wurde ohne Debatte entgegengenommen.

Der zweite Punkt der Tagesordnung: Anpassung der Ortskrankenrenten an die Bestimmungen der Reichsversicherungsordnung, referierte als erster Redner Justizrat Dr. Meyer-Frankenenthal, und zwar über die Punkte: Behördenorganisation, Aufsicht, Rechtshilfe und Strafvorschriften. Dr. Meyer gab im Laufe seiner Ausführungen über „Behördenorganisation“ folgenden praktischen Vorschlag: Es ist die Aufgabe aller Organisationen der Krankenerhebung, darauf hinzuwirken, daß die Leistungen der Ortskrankenrenten in diese neuerschaffenen Körperschaften, der Unternehmer, in diese neuerschaffenen Körperschaften, der Arbeiter, der in die Oberversicherungsämter, hineingewählt werden. Dort in den Oberversicherungsämtern sollen die letzten Mittel der Entscheidung, und deshalb müssen dort Männer sitzen mit der Fähigkeit, die Interessen der Versicherten zu wahren, besonders gegenüber dem Lebensgewicht der Beamten in der Beschlusssammlung (Oberverwaltungsgericht). Der Redner erörterte auf allen Gebieten, wie die Beamten annehmen soll, wie sich künftig das Verfahren vor diesen neuen Behördenorganisation gestalten. Bei diesem Verfahren ist das Reichsversicherungsamt die wichtigste Revisionsinstanz in der Krankenversicherung geworden. — Man sieht bei der ganzen Behördenorganisation

vor einem Neulande, in das die Erfahrungen der Krankenrentenparagrafen hineingetragen werden müssen.

Das die Krankentafelung anbelangt, so hat sich dieselbe, soweit die Krankentafelung in Betracht kommt, wenig geändert. Es ist bei dem jetzigen Gesetz über die bisherige Grundbesitzgelegenheit, daß die Aufsicht sich erstreckt auf die Geschäftsmäßigkeit, nicht aber auf die Zweckmäßigkeit der Kassen. Der Aufsichtsbereich liegt also keine Kritik über die Geschäftsführung zu; sie hat kein Recht zur Verfolgung der Leitung einer Krankentafelung wegen der politischen oder religiösen Stellung der einzelnen Mitglieder.

Die Reichshilfe liegt in der Reichsversicherungsordnung auch keine erhebliche Regelung gegenüber dem Gegenstand der Reichshilfe ist lediglich der Vollzug der Reichsversicherungsordnung, nicht aber die Inbetriebnahme der Krankentafelung zur Aufrechterhaltung an Steuerbehörden. — Bei den Verboten und Strafen handelt es sich um den strafrechtlichen Schutz der Versicherten und der Unternehmer wegen ihrer Beteiligung an der Versicherungsordnung.

Der Redner schloß mit dem Wunsch, daß die deutschen Krankentafelungen sich ihren Aufgaben, die sie bisher mit Eifer und Pflichtstreue erfüllt haben, auch in Zukunft gewachsen zeigen mögen. (Leb. Beifall.)

Als zweiter Referent sprach Bureauvorstand Fenzel-Dresden über Umfang der Versicherung.

Die Reichsversicherungsordnung ist einem dringenden Bedürfnis gerecht geworden mit der Versicherung über Büchsen- und Orchestermitglieder, vorausgesetzt, daß ihr Gehalt 2500 Mk. nicht übersteigt. Neu ist auch die Versicherungspflicht der Lehrer und Erziehler, der land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, ferner alle Dienstboten, der unbesetzten und im Wandererwerb beschäftigten sowie der Arbeiter und Arbeiterinnen einer Anzahl anderer Berufe und in Betrieben oder Diensten des Staates. Die Reichsversicherungsordnung bringt den Krankentafelungen eine solche Erweiterung des Kreises der Versicherungspflichtigen, daß er sich nahezu mit dem der Invalidenversicherung deckt. Auch der Preis der Versicherungsbeiträge wird erheblich ausgedehnt, daß in Bezug auf die freiwilligen Versicherten ebenfalls eine nicht unbedeutende Mitgliederzunahme zu erwarten steht. Neu ist, daß in Zukunft auch alle Familienangehörigen des Versicherungspflichtigen von der Versicherung Gebrauch machen können, wenn ihr Einkommen eine bestimmte Höhe nicht übersteigt. Die Berechtigung der Versicherungspflicht und Berechtigung wird die Kassen vor neue große Aufgaben stellen.

Der dritte Referent, Albert Kohn-Berlin, sprach über Maßnahmen zur Verhütung von Krankheiten.

Er befragt zunächst die fürstlichen Krankentafelungen der Arbeiter der chemischen Industrie. Sie sind besonders in der letzten Zeit, angezogen durch eine große Zahl des Fabrikarbeiterverbandes, der breiteren Öffentlichkeit vor Augen geführt worden. Der begründete Redner, die Notwendigkeit dieser sanitärischen Unternehmungen zur völligen Erfassung des Problems. Die Krankentafelung muß nicht nur Arzt, Apotheker und Krankentafelung geben, sondern sie muß vorbeugend wirken und hygienische Kultur im Interesse der Arbeiter und des Volksganges verbreiten. In Fällen, wo es sich um Anstellung handelt, muß die Anstellungsgesellschaft eine fachgemäße Krankenpflege herabgerichtet werden. Krankentafelung und Sanatoriumsbehandlung in weitem Umfange wird aber nur erreicht werden, wenn das Krankentafelung für die Familie zu Hause möglichst herabgeführt wird. Der § 187 gestattet, das Krankentafelung auf ein Jahr auszubehalten, es kann ferner auf drei Viertel des Grundlohns erhöht werden. Für den Krankentafelung aber muß ebenfalls ausreichend gesorgt werden. Die Kassen müssen von allen Möglichkeiten Gebrauch machen, die das neue Gesetz ihnen offen läßt. Der § 195 regelt die Unterstützung der Wohnräume. Sie ist vollständig ungenügend und nicht nur eine 14tägige Unterstützung vor bei Schwangerschaft, aber mit dieser 14tägigen Schwangerschaftsunterstützung ist weitestgehend ihre Notwendigkeit festgestellt. Es muß unsere Aufgabe der Zukunft sein, sie weiter auszubauen. (Bravo!) In der Praxis müssen die Kassen danach streben, die Wohnräume möglichst in Wohnheimen unterzubringen, die Notwendigkeit obligatorischer Gebäudedienste wird sich dann immer weiter herausstellen. Der § 200 gestattet die Gewährung von Stillgeld. Es ist ein durchaus lobenswerter Kapitalanlage für die Krankentafelungen, wenn sie Willig gegeben. Alle, welche ehrenamtlich oder beruflich in Krankentafelungen tätig sind, sollten Zahlung nehmen mit all demjenigen, die den Zeitungen, die Mittel und die ihre Röhre gefährlichen haben. Auch die Erweiterung und der Ausbau der Krankentafelungen ist immer notwendiger, und dabei müssen unbedingt öffentliche Kontrollbeamte mitwirken. Es wäre auch der Versuch mit Wanderausstellungen von Ort zu Ort zur gesundheitslichen Aufklärung der Bevölkerung zu machen. Von der größten Wichtigkeit ist ferner die Wohnungsfrage. Die Krankentafelungen müssen sich darum kümmern, wie ihre Mitglieder wohnen; die Behörden müssen Wohnungsämter, Wohnungsstellen, errichten, die müssen die bestenfalls die Infektion der Wohnungen fördern. Dem gemeingefährlichen Schlafstellenmangel ist durch Ledigenbeime entgegenzuwirken; der öffentliche Mikroschmutz ist zu fördern, Wertblätter müssen das Volk über eine gesunde Lebensweise, über die Innenhygiene und die gesundheitlichen Bedingungen von Luft und Sonne unterrichten. (Großer Beifall.)

In der Diskussion war Franzosen-Sonnberg die Frage auf, ob alle die vom Referenten geforderten Maßnahmen auch von den kleinen Kassen geteilt werden können. Er befragte die Frage und führte zum Beweis die Einrichtungen an, welche die kleine Ortskrankenrenten-Gesellschaft bereits geschaffen (Wandererwerbsscheine, Mikroschmutz u. a.). Was die kleine Kasse durch Zusammenarbeiten von Versicherten, Unternehmern und Ärzten zuwege brachte, das müßten nach seiner Meinung auch die anderen kleinen Kassen fertig bringen können.

Am Schlußwort wies der Referent noch darauf hin, daß die Kassen auch in Bezug auf die Zahlbehandlung nach ähnlichen Stellen vorbeugend wirken müssen. Vorbeugung auf allen Gebieten ist auch für die Kassen ein Vorteil, weil dadurch die Unterhaltungsbedürfnisse vermindert. Dann sprach Kassenvorstand Witt-München über: Gegenstand der Versicherung. Er zeichnete ein Bild der Aufgaben und des Kreises, worauf sich die Leistungen der

Krankentafelungen erstrecken können, kam aber zu dem von lebhaften sehr richtig unterfertigten Schluß: Die in der Reichsversicherungsordnung vorgesehene Mehrleistungen sind nicht so sehr abhängig von guten Sorgen und positiver Beschäftigung der bei der Leitung der Kassen Beteiligten, als vielmehr in der Hauptsache von großen Geldsätzen der Kassen. Wo dieser fehlt, werden die Mehrleistungen papierne Dekoration bleiben. Schmeinte, die dem Gesetz äußerlich beizutreten, einiges Ansehen verleiht. (Lebhafter Beifall.) Das Fazit der Verhandlungen ist: Es sind einige Verbesserungen da, die aber Hand in Hand gehen mit erheblichen Verschärfungen der Leistungen der Krankentafelungen. Den Kassen werden zwar einige erhebliche Mehrleistungen auferlegt, jedoch ohne daß Krankentafelung und Krankenpflege wesentlich verbessert wird. Diejenigen, die gegen das „große Reformwerk“ nach Kräften protestierten und forderten, worauf die Versicherten ein Anrecht haben, haben dem Volk einen größeren Dienst erwiesen als diejenigen, die am Zustandekommen dieser Reichsversicherungsordnung so behendig mitgearbeitet haben. (Lebhafter Beifall.)

Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen wurden danach die Verhandlungen am Dienstag morgen vertagt.

## Halle und Saalkreis.

Halle a. S., den 10. Juli 1911.

### Eine Gewerkschaftszahlstelle als politischer Verein.

Die Polizeiverwaltung zu Thorn erließ am 7. November 1910 an den Zimmerer Neumann, als dem Vorsitzenden der Zahlstelle Thorn des deutschen Zimmererverbandes eine Verfügung, durch die sie ihn aufordnete, gemäß § 3 des Vereinsgesetzes, der von den politischen Vereinen handelt, über die Minderung der Zahlung und der Zusammenfassung des Vorstandes anzuzeigen. Die Polizei ging davon aus, daß die Zahlstelle ein Verein im Sinne des § 3 sei, also ein „Verein, der eine Einwirkung auf politische Angelegenheiten bezweckt“.

Neumann, der dies bestritt, bestritt auch bezüglich dem Regierungspräsidenten in Marierwerben und beim Oberpräsidenten der Provinz Preußen. Dann fragte er beim Oberverwaltungsgericht. Der Oberpräsident reichte die sogenannten „politischen Vorgänge“ ein. Es waren dies Lebenswahrungsberichte von Polizeibeamten, welche Veranlassungen der Zahlstelle aus dem Jahre 1906 bis 1908 betrafen, und zwar als letzte eine Veranlassung vom Februar 1908. Aus der letzteren Zeit bis zum Zeitpunkt des Erlasses der Verfügung im November 1910 waren keine Berichte da.

Dr. W. D. v. Berg aus Hamburg, dem Zentralität des Zimmererverbandes, verteidigt den Kläger. Zunächst macht er geltend, daß nach dem Reichsvereinsgesetz der Polizei ein erwerbbares Recht, den Vorsitzenden eines Vereins zur Erfüllung der Anzeigepflicht anzustellen, nicht zugeprochen werden könne. — Ferner sei die Zahlstelle kein selbständiger Verein, § 3 dürfe nicht ausdehnend interpretiert werden. Eine Zahlstelle, wie die hier vorliegende, sei lediglich ein dienendes Glied des Gesamterverbandes. Ein eigenes Statut bestimme sie überhaupt nicht. Für alle Zahlstellen seien einheitliche Vorschriften im Verbandsstatut gegeben. Für die Unselbständigkeit der Zahlstelle spreche auch die geschäftliche Einwirkung des Reichsvereinsvorsitzenden, in der nachfolgenden Kammer das Recht der Zentralisation über die lokale Organisationsform völlig gelte habe. Wollte man die örtlichen Gruppen als selbständige Vereine behandeln, dann entständen allerlei logische Widersprüche. Der Anwalt führte das näher aus und wandte sich gegen die Annahme der Behörden, daß die Zahlstelle Thorn auf politische Angelegenheiten einzuwirken bezwecke. (§ 3 des Vereinsgesetzes). Als politisch im Sinne des § 3 des Vereinsgesetzes werde man nur einen Verein anerkennen können, der einen Einfluß auf den allgemeinen Gang der Volksgeschichte bezwecke. Interessentengruppierungen, die zur Beseitigung ihrer beruflichen Interessen, besonders gesetzliche Bestimmungen erteilen, können nicht darunter fallen. — Wie lägen aber nun die Dinge hier in Bezug auf die Zahlstelle der Thorer Zahlstelle? Die Polizei-Verwaltung, die nach dem 7. bis zum Februar 1908 reichte, ließen höchstens erkennen, daß gelegentlich Redner politische Angelegenheiten berührt, sei also höchstens gelegentlich „erweitert“ hätten. Unter diesen Umständen könne davon, daß die Zahlstelle auf politische Angelegenheiten einzuwirken bezwecke, absolut keine Rede sein.

Das Oberverwaltungsgericht wies jedoch die Klage mit folgender Begründung ab: Wenn § 3 des Reichsvereinsgesetzes den Vorsitzenden politischer Vereine bestimmte Beschränkungen auferlege, so folge weiteres daraus, daß die Polizei auch berechtigt sei, die Einwirkung der fraglichen Nachweigungen (Statuten, Statutenänderungen usw.) durch Verfügung zu fordern. Es sei nun zunächst anzunehmen, daß die Zahlstelle ein selbständiger Verein sei. Das ergebe sich schon aus dem Statut des Zentralverbandes der Zimmerer. Die Zahlstellen des Zentralverbandes hätten danach eine eigene Organisation, einen eigenen Vorstand, Kassierer, Revisor usw., und sie hätten auch eine eigene Verwaltungstätigkeit. Auch erheben sie nicht nur Beiträge für den Gesamterverband, sondern es finden ihnen auch einen Mittel zur Verfügung, z. B. in formenreichen Briefen Fonds, die sie sammelten. Ferner habe jede Zahlstelle eigene Ziele, indem sie Streit und Unstimmigkeiten im eigenen Namen und auf eigene Verantwortung beizulegen könne. Darum seien zweifellos die Zahlstellen des Zimmererverbandes selbständige Vereine. — Aber auch der politische Charakter der Zahlstelle Thorn müsse anerkannt werden. In einer Reihe von Veranlassungen der Zahlstelle seien Gegenstände erörtert worden, die in der politischen gehörten: Reichstagsauflösung, Sozialpolitik, Reichsvereinsgesetz, Steuerpolitik, Thurnerpolitik, Volksgewinn, bezüglich des Reichstagsauflösung. — Nach diesen Erörterungen habe der Senat auch keinen Zweifel, daß die Zahlstelle bezwecke, auf politische Angelegenheiten einzuwirken. Denn es sei in den Erörterungen zum Ausdruck gekommen, daß die Mitglieder betreibt sein sollten, alles das, was notwendig sei, zur Durchführung zu bringen, insbesondere durch eine bestimmte Einwirkung bei den Reichstagsauflösung. Darin liege die Einwirkung auf politische Angelegenheiten. Wenn nun auch die Polizeiberichte, an deren Richtigkeit der Senat nicht zweifelt, nur die Zeit von 1906 bis zum Frühjahr 1908 umfassen, so habe der Senat keinen Zweifel, daß der Zustand der Angelegenheiten habe bis in die Gegenwart. Es wäre Sache des Klägers gewesen, nachzuweisen, daß bei 1908 eine Änderung eingetreten sei. Dem Nachweis habe er nicht geführt. Das Urteil eröffnet für die örtlichen Zahlstellen der Gewerkschaften.





**Allerlei.**

**Das Ende des deutschen Rundfluges.**

Offiziell zu Ende ist der deutsche Rundflug um den E.-S.-Preis der Mitte am Dienstag, den 11. d. M., 9 Uhr abends: dieser Zeitpunkt ist der letzte Termin für die Ankunft der Flieger in Berlin. — Als Erster ist Dübener in Berlin-Zobanitzthal eingetroffen. Er hat damit den in Salverbiat noch vor ihm liegenden Endpunkt, der auf die letzte Etappe verzichten mußte, überlebt und gewinnt den dritten Preis von 10000 Mark. Außerdem fällt ihm der zweite Ehrenpreis der Stadt Berlin für den schönsten Flug auf der Strecke Salverbiat-Berlin zu. Er benötigte einschließlich der Desfavor-Windlenlandung von 18 Min. und trotz des aufstrebenden Gegenwindes nur 3 Stunden 8 Min. Sämtliche übrigen noch auf der Strecke befindlichen Flieger haben eine längere Fahrtzeit. Dagegen kann Wüchner auch für den Fall, daß einer von seinen Vorbereimern ausfällt, nicht mehr auf einen besseren Platz aufsteigen, da König und Volkmlöcker bereits in Salverbiat eine größere Seemannskilometerzahl erreicht als Wüchner bis Berlin.

**Die Preisrichter.**

Die Verteilung des 100000 Mark-Preises ist nunmehr folgende: 1. König 40000 Mark, 2. Volkmlöcker 25000 Mark, 3. Bächner 10000 Mark, 4. Lindpaintner 7000 Mark, 5. Dr. Wittenstein 6000 Mark, 6. Schindler 5000 Mark, 7. Schauenburg 4900 Mark, 8. Raich 3000 Mark, Wiensier, Schauenburg und Dr. Wittenstein hatten in Salverbiat noch den offiziellen Start ergriffen, Laifsch blieb auf der Strecke und dürfte heute im Laufe des Tages ein treffen. Falls Laifsch bis Dienstag abend nicht mehr in Berlin eintrifft, fällt der achte Preis an Theben.

**Opfer der amerikanischen Hitze.**

In den letzten Wochen sind 50 Personen in der Hauptstadt Washington durch die Hitze infam geworden. Tausende von Pferden sind dem Dürstgelegen erlegen. In London herrschte Montag, einem Telegramm zufolge, wieder ungewöhnliche Hitze. Man konstatierte Temperaturen bis zu 96 Grad Celsius. Viel Aufheben von Berlinern herrschen gegen Abend London, um am Wasser kühlung zu suchen. Die Eisenbahn war dem Ansturm des Publikums kaum gewachsen. Gegen 30000 Personen beförderte sie an die Küsten des Meeres. In Genes auf Nicht flieg die Hitze bis auf 93 Grad, eine Temperatur, die dort nie fehlerhaft wurde. In Brighton steigt das Thermometer einmahl 86 Grad Celsius. Obwohl eine große Zahl von

Dürstklagen in London vorkam, so ist doch kein Todesfall zu verzeichnen. In der Provinz fielen der Hitze drei Personen zum Opfer.

**Lebenszeichen von Nichte.**

Bei dem deutschen Konflikt in Saloni traf Montag abend zwei Briefe ein, in denen die Räuber abermals, aber jetzt in sehr energischer Weise, Verabreichung des Lösegeldes für Nichte fordern. In ihren Aufträgen sind die Briefe sehr heruntergekommen, indem sie statt 50000 Pfund nur 15000 Pfund (300000 Mark) verlangen. Diese Summe soll binnen 5 Tagen am besten durch einen Vertrauensmann Nichte's nach Saloni gebracht werden, wo er durch Vermittler näheres erfahren werde. Dieser glücklich gelieferte Brief ist von Loios Strati unterzeichnet. In dem zweiten, gleichfalls geforderten Briefe, teil Nichte mit, daß er kränkelnd sei. Er behauptet die Wahrheit, sie möchten die Verabreichung des geforderten Lösegeldes beschleunigen, weil die Räuber ihn bedrohen. Dieser Brief ist von Nichte unterschrieben. Die Briefe sind in Tiraratos, also auf griechischem Gebiet, aufgegeben.

**Gefrandetes Schiff.**

Nach in Billau eingetroffenen Nachrichten ist der Dampfer Elbing der Nedereer Schipaan auf der Reise von Rotterdam nach Billau beim Vorkommen Feuerbrot gefrandet und gänzlich aufgegeben worden. Drei Mann wurden geborgen. Der Rest der Besatzung, acht Personen, sind ertrunken. Die Leichen der Frau des Kapitäns und von zwei Matrosen wurden bereits an Land gefischt.

**Ein erschütterndes Gedrama.**

hat sich in Hohenstein-Ernstthal bei Chemnitz abgelehrt. Am Freitag geriet der dreihährige Knabe der Familie Fröhlich über die von der Hebamme Neuberger niedergelagerte Tische und stank das in der Tische befindliche Messer. Der Knabe brach zusammen und starb an den Folgen der Verletzung. Mantra früh kam der Ehemann Neuberger nicht zur Arbeit, weshalb man in seine Wohnung schickte. Da man die Tür verschlossen fand, rief man die Polizei herbei und ließ die Tür gewaltsam öffnen. Auf dem Aufsuchen des Jammers fand man den Vetter ausgebreitet und darauf den Ehemann Neuberger mit seiner Frau und deren 16jähriger Tochter tot vor. Ein herbeigekommener Arzt stellte fest, daß der Tod bereits Sonntag abend eingetreten ist. Die Eheleute haben im gemeinlichen Einverständnis infolge des Unglücks Selbstmord begangen.

**Eine tühne Weltumseglung.**

Vor einigen Tagen lag ein in Newport Hafen einer kleinen, gebrechlichen Segelachtel auf lönnengebüdigen Männer entfeigen, fruppige, bärtige Gesellen, denen das Haupthaar bis weit über die Schultern hinabhing. Der eine der beiden Fremden war groß und

hart und schien in der Mitte der Dreiergruppe zu stehen; der andere schien etwas länger, aber seine Gestalt war fast so hoch, klein und schmächtig. Das waren die beiden fähigsten Weltumsegler der Gegenwart; der große heißt Peter Krassa, ein griechischer Seemann, der kleine ist ein Engländer aus Coventry und heißt John Hyde. Sie können sich rühmen, eine der vornehmsten Weltumseglungen seit den Tagen des Columbus hinter sich zu haben denn in ihrem Kauf 12 Meilen langen, kleinen Seegebiet haben sie am 3. Mai 1910 die Ausreise von Wundbury auf Australien angetreten und sind jetzt bei der Umgehung des Kap's Dorn glücklich in Newport gelandet. Auf der kleinen Segelachtel Wundbury haben sie auf den Weltreisen 12000 Seemeilen zurückgelegt.

**Kleines Misset.** Sechs Personen verbrannt. In Boonam brach ein furchtbarer Brand aus. Eine Familie, bestehend aus Vater, Mutter und vier Kindern, verbrannte, neun Kinder fielen dem Brande zum Opfer. — Automobil-Unfall. Bei Defel im Rheinland fuhr das Automobil des Gießermeisters Krone gegen einen Baum. Von dem Fahrzeug befandlichen fünf Personen wurden sofort getötet, drei schwer verletzt. — Im Kreisbad ertrunken. Im Kreisbad Rahsdorf hat sich Sonntag nachmittag ein schwerer Unglücksfall ereignet, durch den zwei Menschen den Tod gefunden haben. Ein Kind verlor plötzlich vor den Augen der entsetzten Eltern. Der Vater eilte hinzu, um das Kind zu retten. Aber er verlor ebenfalls den Atem. Deshalb wird auch stets das Bestreben der in Betracht kommenden Industriezweige darüber anerkannt werden, das den Frauen Mittel in die Hand geben will, die gleich überlegenem Bassen den Kampf gegen der Hausfrau ärgsten Feind auch bedeutend erleichtern. Zu den höchsten Erzeugnissen auf diesem Gebiete gehört zweifellos „VIM“, der neureichliche Universal-Scheuers, Putz- und Polier-Mittel. Es hilft alles reinigen, säubern, putzen, auffrischen und spart Mühe und Arbeit sowie Dienstboten.

Spezialkurbe der Sechskant von 1/2 bis 1/4 Liter.

**Machen Sie** bitte einen Versuch, Sie sind **10** Stk. mit **5** Proz. Rabatt

**Knäusels** 10 Stk. mit 5 Proz. Rabatt

welchermaßen, unzerbrochen, allerreinste Tafel-Butter-Bratz Margarine 60 Gramm für 1/2 Pfund 42 Pf. mit 5 Proz. Rabatt.

**Wollen Sie** unbedingt einen billigeren Butter-Ersatz, dann empfehle ich Ihnen meine **70** Pf. 5 Proz. Rabatt.

**Pflanzen-Butter-Margarine-Marko 1 Pf. Knäusels „Profita“ nur 70 Pf. 5 Proz. Rabatt.**

**la. Schweizerkäse** feinste Qualität 55 Pf. mit 5 % Rab.

**Eier** 1 75 90 Pf. nur 75 90 Pf. mit 5 % Rabatt.

**A. Knäusel,** Bernburgerstr. 15, Goethestr. 9, Leipzigerstr. 72, Schmeerstr. 21, Jägergasse 2.

**Neu! Soeben eingetroffen. Neu! Reichsversicherungs-Ordnung.**

**Praktischer Führer**

für alle Versicherten durch die Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenen-Versicherung, nebst Hinweisen auf das Verfahren und die Rechtswege.

Berfaßt von den Arbeitervertretern **Güldenbergs und Kleins-Halle, Mössinger und Undeutsch-Magdeburg.**

**Preis 30 Pfennig.**

Sie beziehen durch die **Volks-Buchhandlung, Halle a. S., Harz 42-43.**

**Nussbaum.**

**Haushaltungsbücher** für alle Tage des Jahres, für jede Familie und einzelne Personen passend.

**Preis 1 Mark.**

**Volks-Buchhandlung, Harz 42/43.**

**Spirtusplättchen** für die Reise empfohlen.

**C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

**Möbel, 28 Mt. Berlin, 38 Mt. Schwerin, 48 Mt. Magdeburg, 38 Mt. Cöln, Tisch, Stühle, Ausstattungen, große Auswahl.**

**Karl Bieler, Albrechtstr. 39.**

**Schlachtfest. Marie Hübner, Zentralfabrik 2.**

**Schlachtfest. Paul Meintrich, 2. Meintrichstr. 2.**

**Billigste Reisesauna für Wiedererläuter.**

**Morgen, Mittwoh, Schlachtfest. Reich 8 Uhr: Wolf-Reich. Otto Becker, Krönung.**

**Gebr. Waschwanne, v. Hofstr. 33.**

**Möbel billig!** Große Auswahl in Kleider-schränken 24, 28, 30-38 Mark, Schreibtisch 33, 38, 48-75 Mark. Dauerhafte Metalltüren mit autarbeit. Stahlrahmen 25, 38, 49 bis 50 Mark. Jede Woche verkauft für 50 Mark. **Abreicht. 37. Max Jungblut, nahe Friedrichsplatz. Bitte genau auf Nummern achten.**

**Wagenklatschen** aus Draht, ausserst sauber. **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

**Kaufe** stets Fahrräder für Damen und Herren zu soliden Preisen. **Herrn. Schindler, Uhrmacher, Al. Hirschstr. 35.**

**Wachgefäße,** dauerhaft und billig, größte Auswahl. **Wittener Schmelzer's.**

**Mangemaiten** jedes Körpergewicht bei **C. F. Ritter,** Leipzigerstrasse 90.

**Billige Ausgabe!** — 308 Seiten stark. **Bürgerliches Gesetz** für mit ausführlichem Sachregister. **Preis nur 50 Pf. Porto 10 Pfennig. Volksbuchhandl., Harz 42/43.**

**Wegweiser für unsere einkaufenden Abonnenten.**

Erscheint wöchentlich dreimal. Unsere Lesern bei Bedarf zur Beachtung empfohlen. Erscheint wöchentlich dreimal.

<b>Abzahlungsgeschäfte</b> H. Thilo, Gubenstr. 1. p.	<b>Essen-Gesetz</b> Christina Glaser, Gr. Klausstr. 24. F. Lindenbahn, Königstr. 8.	<b>Haus- und Küchengeräte</b> K. Kuckenburg, Rannischstr. 12.	<b>Kolonialwaren</b> H. Ackermann, Morsburgerstr. 61. Franz Geyer, Gr. Brunnenstr. 32. p. C. Lange sen., Kl. Ulrichstr. 26.	<b>Schneider-Bedarfsartikel</b> F. C. Wissel, Marktplatz 11. L. Zengerling, Schelsstr. 7.	<b>Weiss-Woll-Tapisserie</b> Franz Bamm, Lindenstr. 56.
<b>Brauerereien</b> F. Günther, Halle a. S.	<b>Faarräder u. Nähmaschinen</b> Henry Klepzig, Reistr. 2.	<b>Bonigkuchen, Zuckerwaren</b> Friedrich Bock, Schmeerstrasse 16.	<b>Lehrhandlungen</b> Herrn. Schmidt, Geiststr. 23.	<b>Speidition, Möbelttransport</b> O. Kästner & Co., Brunnenstr. 36. Wilh. Müller, Brunnenstr. 53.	<b>Zahn-Techniker</b> Willy Müller, Neue Promenade 16, vis-à-vis Leipz. Turm.
<b>Brotbacken, Kohlen</b> Richard Wolf, verlag. Königstr.	<b>Fleischermeister, Wurstfabriken</b> F. Kiostermann, Advokatenweg 27. Franz Künze, Burgstr. 59.	<b>Räte und Mäßen</b> Friedrich Flettner, Geiststr. 23.	<b>Möbel-Magazine</b> Magdeburg: Hall. Tischlermeister, Grasse Magaz. Urichstr. 50.	<b>Uhren- u. Goldwaren</b> Friedrich Hofmann, Kl. Markt. 23. Albert Meulicke, Gr. Steinstr. 62. A. Schäfer, Leipzigerstr. 32. A. Weise, Kleinschmieden 6.	<b>Zigarrenhandlungen</b> F. Soldmann, Königstrasse 86. Schuler, William, Zigarren und Schularükel, Lauchstädtstr. 15.
<b>Drogen und Farben</b> M. Rädler, Rannischstr. 2.	<b>August Maegold,</b> Merseburgerstrasse 105. Robert Schäfer, Königstr. Otto Ulrich, Bäckersstrasse 1.	<b>Kartonsagen</b> W. Schmeil, Wuchererstr. 40.	<b>Photographische Ateliers</b> Richard Schröder, nur Steiweg 17.	<b>Wolne u. Fruchtsäfte etc.</b> K. Kado Nachf., Leipzigerstr. 93. Max Künzel, Magdeburgerstr. 59.	<b>Ammendorf.</b>
<b>W. u. Vorkaufgeschäfte</b> H. Henneke, Kl. Ulrichstr. 15.	<b>Eandlosterwagen-Fabriken</b> Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94. Oskar Katscher, Moritzkirchhof 10. Ernst Seltmann, Mersburgerstr. 18.	<b>Kaufhäuser</b> H. Klau, Leipzigerstr. 87. Fokelg.-Gegenstr. 1. Art.	<b>Kinderwagen</b> Theodor Lühr, Leipzigerstr. 94.	<b>Sanitäts-Druggerie, Inh. Max Glombig.</b> Adamentstr. 65.   Radewell Hallestr. 65.   Hauptstr. 20. A. Hornum, Urmacher. O. Probsthain, Beth.-Rein-Anst. W. Wüschler, Schulwaren.	

Sie die Interate verantwortlich: Rob. J. gene. — Druck der Halle'sch. Genossenschafts-Druckd. (E. G. m. b. H.) — Verleger: vord. Aug. G. o. b. j. e. p. t. a. J. ä. n. g. — Sämtl. L. Halle a. S.